

Sehr geehrter Herr Cuny,
sehr geehrter Herr Fink,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

auch von meiner Seite einen guten Abend und ein herzliches Dankeschön, hier heute sprechen zu dürfen. Meinen Dank auch für die Leitfragen für meinen Vortrag, insbesondere die Frage nach dem Begriff, unserem Verständnis dessen, was wir mit Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungshilfe bezeichnen. Werden diese Begriffe dem gerecht, was wir eigentlich wollen, wenn wir uns entwicklungspolitisch engagieren?

Ich halte den Entwicklungsbegriff aus mehreren Gründen für höchst problematisch: Erstens ist er ideologiebehaftet; im Kern verbindet er sich mit einem zivilisatorischen Missionsauftrag, er ist unauflöslich mit einem bestimmten Verständnis von Modernität und mit der Idee marktwirtschaftlicher Öffnung verbunden. Er ist daher zweitens eurozentristisch geprägt und nicht interkulturell übertragbar. Drittens ist er nicht mit konkreten, transparenten Zielen verbunden. Viertens verschleiert er Machtinteressen, etwa das Interesse an Rohstoffen, an billigen Arbeitskräften oder Absatzmärkten. Fünftens ist er durch die diversen Krisen – ich nenne die Finanzkrise, die Ernährungskrise, die Verschuldungskrise, nicht zuletzt die Klimakatastrophe – doch längst diskreditiert, vor allem aus der Perspektive des Globalen Südens. Letztlich ist er sechstens nicht zu trennen von einem auf Dominanz und Ausbeutung beruhenden Wirtschaftsmodell.

Ich empfehle in dem Zusammenhang die Bücher von Stephan Lessenich „Neben uns die Sintflut“ sowie „Imperiale Lebensweise“ von Markus Wissen und Ulrich Brand. In beiden Konzepten spielt das „Außen“ eine entscheidende Rolle, in das wir die Kosten unseres Wirtschaftsmodells externalisieren und auf das unsere Lebens- und Wirtschaftsweise konstitutiv angewiesen, das also faktisch unverzichtbar ist.

Entwicklung ist also kein Ziel. Das Ziel von Entwicklung ist auszuhandeln. Was das sein kann, wäre – auch hier – zu diskutieren. Und Entwicklung ist nichts, was man anderen angedeihen lässt. Es braucht, gerade als Externalisierungsgesellschaft, zuallererst den Blick auf uns selbst und die selbstkritische Anfrage, ob wir selbstbestimmte Entwicklungswege der „Anderen“ ermöglichen oder einschränken.

Sehr klar ist das Ziel des entwicklungspolitischen Engagements in der Präambel zur Satzung des DEAB formuliert: *„Wir arbeiten in Baden-Württemberg dafür, dass sich viele Menschen von einer Vision weltweiter Gerechtigkeit leiten lassen und so leben, wirtschaften und Politik machen, dass Menschen in allen Teilen der Erde ein menschenwürdiges Leben haben.“*

Ein sehr ähnliches Verständnis kommt im Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ zum Ausdruck, wie es 1987 im Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung formuliert wurde: Nachhaltig ist eine Entwicklung demnach, wenn sie *„den Bedürfnissen der heutigen Generation – ich ergänze: überall auf der Welt – entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen – ich ergänze auch da: überall auf der Welt – zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“*

Wir haben uns 2013 die „Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg“ gegeben, angestoßen seinerzeit vom DEAB, erarbeitet in einem breiten Diskurs unter Beteiligung aller relevanten Stakeholder, dann auch beschlossen von der Landesregierung und ausdrücklich begrüßt

vom Landtag. Dort ist im Abschnitt 1.2 „Unser Verständnis von Entwicklungspolitik“ folgendermaßen beschrieben: *„Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt. [...] Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen. Das erfordert sowohl politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die sich an dieser Verantwortung orientieren, als auch ein entsprechendes individuelles Verhalten. Dazu gehört, alles zu unterlassen, was entwicklungsschädlich ist [...]“*.

Fast zehn Jahre ist das jetzt her. Wir haben damit in Baden-Württemberg damals schon die Perspektive der SDGs, der globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung von 2015, vorweggenommen. Erstens: Entwicklungspolitik beginnt hier. Zweitens: Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und berührt alle Politikbereiche. Eine entscheidende Rolle für den Dialogprozess spielte seinerzeit übrigens Minister Peter Friedrich vom Staatsministerium.

Auch dank seiner Unterstützung ist mit den Leitlinien vieles auf den Weg gebracht worden: die *Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit* im Stami (statt im Wirtschaftsministerium); ein *interministerieller Arbeitskreis*, um Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu verankern; der *Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ)* unter Beteiligung des DEAB, der die Landesregierung seither berät und die Umsetzung der Leitlinien kritisch-konstruktiv begleitet; und nicht zuletzt das *Eine Welt-Promotor:innen-Programm*, das in Baden-Württemberg vom DEAB koordiniert wird und in dem zwanzig Regional- und Fachpromotor:innen das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft im Land durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung unterstützen; seit 2020 ergänzt durch das *Interkulturelle Promotor:innen-Programm (IKPP)* mit fünf Promotor:innen bei entwicklungspolitisch engagierten migrantischen Organisationen – getragen auch das vom DEAB und finanziert vom Sozialministerium.

Erlauben Sie mir an der Stelle einen ganz kurzen Werbeblock für den DEAB, dessen Vorstand ich angehöre: Der DEAB, der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, ist das entwicklungspolitische Netzwerk der Zivilgesellschaft im Land. Er wurde bereits 1975 als erstes entwicklungspolitisches Landesnetzwerk in Deutschland gegründet. Heute hat der DEAB 170 Mitglieder, darunter sehr viele Weltläden, darunter auch themen- und länderspezifische sowie lokale Netzwerke, etwa in Freiburg, Mannheim oder Heidelberg. Insgesamt vertritt der DEAB über 400 entwicklungspolitisch arbeitende Gruppen und Organisationen im Land.

Entwicklungspolitik beginnt hierzulande: Darin begründet sich die Bedeutung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und der entwicklungspolitischen Landesnetzwerke. Deren Förderung wurde übrigens seinerzeit von Heidemarie Wiczorek-Zeul, 1998 bis 2009 Chefin im BMZ, deutlich verstärkt.

Der DEAB engagiert sich in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit insbesondere im Globalen Lernen und der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), durch die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements für globale Verantwortung und Solidarität, durch die Förderung von internationaler Partnerschaftsarbeit und die Förderung der Teilhabe migrantisch-diasporischer Gruppen. Da sind wir in Baden-Württemberg insgesamt gut aufgestellt, auch wenn einige Handlungsfelder, etwa das IKPP, finanziell auf mehr als wackeligen Füßen stehen.

Ein Defizit besteht aber – trotz aller Lobbyarbeit des DEAB für die angemessene Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien – bei der Umsetzung des Anspruchs, Entwicklungspolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die sämtliche Politikbereiche durchdringt. Dieses Defizit kommt unseres Erachtens insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck, etwa bei der Rohstoffstrategie des Landes, bei der öffentlichen Beschaffung, bei der Wirtschaftsförderung, bei der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen mit Landesbeteiligung – Details dazu gerne in der Diskussion.

Veränderung erhoffe ich mir da nicht durch einen neuen Begriff alleine – globale Verantwortung und Solidarität etwa, aber doch durch die Debatte über unser Verständnis davon und natürlich durch die Wahrnehmung unserer jeweiligen globalen Verantwortung.

Die Politik möchte ich ermutigen, mutiger und konsequenter diese Verantwortlichkeit einzufordern und durchzusetzen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Lieferkettengesetz, also verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen.

Bevor ich nun zum Ende komme, möchte ich Sie und euch alle zur Entwicklungspolitischen Herbstkonferenz des DEAB am 14. November in der Jugendherberge Stuttgart einladen. Thema werden die vor zehn Jahren verabschiedeten Entwicklungspolitischen Leitlinien sein.

Vielen Dank. Ich freue mich auf Ihre und eure Fragen.